

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt
Sitzungskennziffer: XVI / 13
Tag der Sitzung: Donnerstag, 13.01.2011

Ort der Sitzung Rathaus, kl. Sitzungssaal, Zimmer 143

Dauer: 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr
Unterbrechungen: keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1

Vorsitz: Herr Hansen
Schriftführer: Frau Breuer



Tagesordnung:

- a) Der Vorsitzende, Herr Hansen, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung.

Sodann stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

- b) Er stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

- c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Herr Pickhardt, Leiter Fachbereich 1, teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt

- A) 9. B-Plan Nr. 141 "Goethe-Gymnasium";
hier: Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13a BauGB

von der Tagesordnung abgesetzt werden soll, da erst das Ergebnis des Schulentwicklungsplanes abgewartet werden soll, um eine mögliche bauliche Entwicklung der dortigen Schulen besser einschätzen zu können.

RM Engels bittet für die SPD-Fraktion darum, den Punkt "Baumaßen K 13 und andere" auf die Tagesordnung, nach Punkt A) 1. zu setzten, da hierzu einige betroffene Anlieger anwesend sind. Weiter beantragt er für Herrn Blatzheim und Rusche Rederecht.

Die Tagesordnung wurde wie folgt einmütig abgewickelt:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

Information zur Errichtung einer Mobilfunkanlage

- 1.1 Errichtung einer Basisstation mit Errichtung eines Strahlrohrmastes (H = 11,87 m) auf dem Dach sowie Aufstellung der Technik im Dachgeschoss, Auf der Höhe 2

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

- 1.2 Neubau eines Einfamilienhauses, Münsterblick

Erteilung von Befreiungen gem. § 35 (2) BauGB

- 1.3 Neubau eines Carports für einen PKW, Zweifaller Str. 238
2. Baumaßnahme K 13 und andere
3. Forstwirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2011
4. Maßnahmen zur Verkehrssicherung in der Ortslage Krewinkel - Optimierung der Maßnahmen
5. Schutzstreifen für Radfahrer auf der L 23 - Eisenbahnstraße / Würselener Straße - Untersuchung weiterer Varianten
6. Öffnung und Renaturierung Mühlenteich Gut Gedau
7. Sanierung der Halde Rhenania mit Veränderungen der Geländeoberfläche (Aufschüttungen)
8. Resolution zur Problematik "Motarradlärm"
9. B-Plan Nr. 82/2 "Tulpenweg" 1. Änderung;
hier: Aufstellungsbeschluss
10. B-Plan Nr. 141 "Goethe-Gymnasium";
hier: Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13a BauGB
11. B-Plan Nr. 147 "Duffenterstraße" - 1. Änderung;
hier: Aufstellungsbeschluss
12. B-Plan Nr. 161 "KiTa Am Obersteinfeld und 94. Änderung FNP";
hier: Aufstellungsbeschlüsse
13. Beschlusskontrolle;
hier: Informationsvorlage

14. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

- 1.1. Errichtung einer Basisstation mit Errichtung eines Strahlrohrmastes (H = 11,87 m) auf dem Dach sowie Aufstellung der Technik im Dachgeschoss, Auf der Höhe 2

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

- 1.2 Neubau eines Einfamilienhauses, Münsterblick

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt 2007 beschließt einstimmig der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

- 1.3 Neubau eines Carports für einen PKW, Zweifaller Str. 238

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

2. Baumaßnahme K 13 und andere

Sowohl die Fraktionen, als auch anwesende Geschäftsleute und Anlieger der Konrad-Adenauer-Straße bemängeln, dass die Baumaßnahme nicht in einzelne Teilabschnitte gegliedert wird.

Die anwesenden Geschäftsleute stellen erhebliche Umsatzeinbußen fest und äußern die Befürchtung, dass einzelne Geschäfte dies nicht verkraften könnten.

Weiterhin wird eine bessere Kommunikation mit den betroffenen Bürgern und Geschäftsleuten im Vorfeld solcher Maßnahme angemahnt. Herr Engels (SPD) schlägt vor, nach Abschluss der Längstverlegung der Rohre die Gräben wieder zu schließen und bei der Sanierung der Hausanschlüsse nur die jeweils betroffenen Abschnitte in eine Fahrtrichtung zu sperren und Abschnitte ohne Bauaktivitäten in beide Fahrrichtungen frei zu geben.

Herr Pickhardt erläutert, dass dies in dieser Art auch gedacht ist, es aber derzeit noch nicht absehbar ist, wann auf welchen Abschnitten und zu welchen Zeiten dies möglich und sinnvoll ist. Herr Pickhardt erläutert noch einmal die Problematik und, dass durch das geplante Vorgehen der mit Abstand schnellste Baufortschritt erzielt werden kann. Im Hinblick auf den Durchgangsverkehr und im Hinblick auf die zur Jahresmitte notwendigen Sperrungen der L 238 (Tunnel und Nachtigällchen) ist es absolut erforderlich, schnell und d.h. an mehreren Stellen gleichzeitig zu arbeiten, so dass zwangsläufig die ganze Achse betroffen sein wird. Dennoch werden einzelne Teilstücke sukzessive wieder frei gegeben. Die Erreichbarkeit aller Grundstücke ist jederzeit gegeben. Flankierende Maßnahmen (Abschaltung Ampel Schafberg, verbesserte Beschilderung der Linksabbiegespur Bischofstraße, Kurzzeitparkzone Galmeistraße und Öffnung des Büsbacher Marktes als Kurzzeit-Parkplatz) werden kurzfristig umgesetzt.

Herr Braun erläutert die besonderen Schwierigkeiten im Rohrleitungsbau und den damit verbundenen möglichen zeitlichen Verzögerungen ("fliegende Leitungen", Verkeimung...) und die Stadt nur eingeschränkt Möglichkeiten hat, die Versorgungsträger in diesen Fällen zu beeinflussen oder gar Verantwortung, z.B. für die Versorgungssicherheit, zu übernehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beauftragt einstimmig die Verwaltung in der nächsten Woche einen Termin mit den Versorgungsträgern, Bauunternehmen, einem Vertreter jeder Fraktionen und den Geschäftsleuten, stellvertretend Herr Blatzheim und Herr Rusche, zu vereinbaren, um eine bessere Optimierung der Baustelle erzielen zu können.

3. Forstwirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2011

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt einstimmig die Verwaltung der Stadt Stolberg, nach dem vorliegenden Plan den städt. Forst im Jahre 2011 zu bewirtschaften.

4. Maßnahmen zur Verkehrssicherung in der Ortslage Krewinkel - Optimierung der Maßnahmen

RM Konrads gibt für die CDU-Fraktion zu Protokoll, dass die Verwaltung ihm zugesichert hat, dass ein eingebautes Berliner Kissen nicht negativ bzw. mit Problemen für den durchzuführenden Winterdienst sein wird.

Nachträgliche Antwort der Verwaltung:

Der Einbau eines Berliner Kissens verhindert den Winterdienst zwar nicht, rechts und links neben dem Berliner Kissen bleibt jedoch eine ungeräumte Stelle.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Optimierung der Maßnahmen zur Verkehrssicherung in der Ortslage Krewinkels zur Kenntnis und erklärt sich mit dem Vorhaben des Eigentümers des Hauses Krewinkel 24 einverstanden, auf eigene Kosten vor seinem Haus ein Berliner Kissen in die Fahrbahn der Straße Krewinkel entsprechend den anerkannten Regeln der Technik einbauen zu lassen, obwohl

eine verkehrstechnisch bedingte absolute Notwendigkeit nicht gegeben ist. Die im Fahrbahnbereich stehende Gabione vor Haus Nr. 24 ist nach Einbau des Berliner Kissens wieder zu entfernen.

Die Maßnahme ist weiterhin Teil einer Testphase und bei Nichtbewähren umgehend wieder zu beseitigen.

5. Schutzstreifen für Radfahrer auf der L 23 - Eisenbahnstraße / Würselener Straße - Untersuchung weiterer Varianten

RM Engels, SPD, teilt mit, dass seine Fraktion sich für die Variante 5 entschieden hat, da diese ein Maximum an Stellplätzen bietet. Eine Querungshilfe ist nicht erforderlich. Die Variante 7 soll von der Verwaltung ebenfalls verfolgt werden. Weiterhin teilt er mit, dass seine Fraktion die Variante 6 (geänderte verkehrstechnische Anbindung der Hasencleverstraße als Entlastung für die Kreuzung "Atsch Dreieck") durch ein Verkehrsgutachten untersuchen lassen möchte.

RM Kirch, CDU, teilt mit, dass seine Fraktion sich für die Variante 1 (Status Quo) entschieden hat zuzüglich der Parkplätze zwischen Hasenclever- und Steinbachstraße. Gleichzeitig fordert er eine Bürgerversammlung für alle Bürger zwischen dem Ortseingang und der Europastraße. Außerdem bittet er die Verwaltung noch einmal zu erklären, welche verkehrsrechtlichen Konsequenzen die Schutzstreifen haben.

Herr Pickhardt, Leiter Fachbereich 1, erläutert, dass die Schutzstreifen für Radfahrer innerhalb der Fahrbahn liegen und überfahrbar sind. Bei der Begegnung Pkw-Pkw ist ein Überfahren nicht notwendig, bei anderen Begegnungsfällen muss und darf der Streifen überfahren werden. Insofern ändert sich für die Kfz-Fahrer nichts. Untersuchungen haben aber gezeigt, dass die Radfahrstreifen dem Radfahrer einen gewissen Schutz bieten, indem Kfz- und Radfahrer im Überholungsfall eine vorgegebene Leitlinie mit angemessenen Abständen haben und dass der Autofahrer jederzeit optisch daran erinnert wird, dass die Fahrbahn auch von Radfahrern genutzt wird. Darüber hinaus gibt die andere Art der Markierung der Straße einen anderen (innerörtlichen) Charakter (verkehrsberuhigend). Aufgrund der Vorteile kommen Radfahrstreifen bundesweit, auch in den Nachbarstädten Stolbergs, vermehrt zum Einsatz, wenn die Nebenanlagen oder Straßenquerschnitte für richtige Radwege nicht breit genug sind oder aus Kostengründen nicht umgebaut werden können.

Herr Büttner-Zedlitz (ASEAG) regt an, dass ein Mittelstreifen trotz Schutzstreifen für Radfahrer markiert werden sollte, da dies für LKW und Busse im Begegnungsfall sicherer ist. Herr Pickhardt, FB 1, teilt mit, dass dies im weiteren Verfahren (bei dem die ASEAG weiter beteiligt wird) geprüft wird.

Herr Pickhardt erläutert weiter, dass mit Ausnahme des Abschnittes "Atsch Dreieck" bis Steinbachstraße die Radspuren auf die Anlieger, insbesondere auf die Lage und Anzahl der Parkplätze, keine wesentlichen Auswirkungen haben. Daher hatte der Ausschuss am 07.10.2010 beschlossen, alle Bürger und Gewerbetreibenden in diesem Abschnitt gesondert zu informieren und sie nach ihrer Meinung bzgl. der Lage der Parkplätze zu fragen (Ergebnisse wurden in der Sitzung am 25.11. vorgelegt). Da das Ergebnis nicht einheitlich war, wurde die Verwaltung in der Sitzung am 25.11. vom Ausschuss aufgefordert, alle Varianten noch einmal zu überprüfen und Vor- und Nachteile darzustellen. Weiterhin wurden die Varianten 6 und 7 von der (FDP bzw.

CDU) eingebracht.

RM Kirch, CDU, vermisst im Beschlussvorschlag den Auftrag an die Verwaltung, mit der Städteregion eine Verlegung der Freizeitroute ("Grünroute" / Euregionaleprojekt) zwischen Steinbachstraße und Atsch Dreieck zu erörtern. Herr Pickhardt, FB 1, teilt mit, dass die Verwaltung diesen Auftrag bearbeiten wird. Diese Verlegung ist aber unabhängig von der Frage der Schutzstreifen auf der L 23.

RM Wolf, SPD, weist darauf hin, dass bei der Entscheidung Eile geboten ist, da der Landesbetrieb auf die Entscheidung wartet und keinesfalls Anlass erhalten soll, die für 2011 geplante Deckensanierung der Würselener Straße weiter zu verschieben.

Der Ausschussvorsitzende Herr Hansen lässt nun über den Beschlussvorschlag der CDU abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt 7 Ja-Stimmen (CDU, Die Linke) und 8 Nein-Stimmen (SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen) den Bericht der Verwaltung zu den sieben Varianten für die Anlage von Schutzstreifen für Radfahrer auf der Würselener Straße (L 23) im Abschnitt zwischen Sebastianusstraße und Steinbachstraße zur Kenntnis und beschließt,

- eine Bürgerbeteiligung für die ganze Straße, die von den Markierungsarbeiten betroffen ist, durchzuführen und vorbehaltlich der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung

- auf der L 23 - Würselener Straße und Eisenbahnstraße Schutzstreifen für Radfahrer so wie in der von der Verwaltung vorgelegten Planung (Pläne Nr. 1 a bis 8 a – entsprechend der Variante 1 im Sachverhalt) dargestellt, einzurichten, verkehrsrechtlich anzuordnen und den Landesbetrieb Straßenbau NRW im Rahmen der anstehenden Fahrbahnsanierung mit der Ausführung zu beauftragen.

- zusätzlich mit dem Landesbetrieb Straßenbau über die bauliche Herrichtung eines kombinierten Geh-Radwegs zwischen Atsch Dreieck und Steinbachstraße gem. Variante 7 sowie mit dem Eigentümer über den Erwerb des benötigten Grundstücks zu verhandeln. Wenn sich in Abstimmung mit dem Landesbetrieb ein kombinierter Geh-Radweg und der hierfür benötigte Grunderwerb realisieren lassen, sind bergauf führend ein kombinierter Geh-Radweg, ein bergab führender Schutzstreifen für Radfahrer und Parkstreifen gemäß Variante 1 einzurichten, verkehrsrechtlich anzuordnen und der Landesbetrieb Straßenbau NRW im Rahmen der anstehenden Fahrbahnsanierung mit der Ausführung zu beauftragen.

Damit ist der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abgelehnt.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende, Herr Hansen, über den Beschlussvorschlag der SPD abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt 7 Nein-Stimmen (CDU, Die Linke) und 8 Ja-Stimmen (SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen) den Bericht der Verwaltung zu den sieben Varianten für die Anlage von

Schutzstreifen für Radfahrer auf der Würselener Straße (L 23) im Abschnitt zwischen Sebastianusstraße und Steinbachstraße zur Kenntnis und beschließt,

- auf der L 23 - Würselener Straße und Eisenbahnstraße Schutzstreifen für Radfahrer so wie in der von der Verwaltung vorgelegten Planung (Pläne Nr. 1 a bis 8 a – entsprechend der Variante 5 im Sachverhalt) dargestellt, einzurichten, verkehrsrechtlich anzuordnen und den Landesbetrieb Straßenbau NRW im Rahmen der anstehenden Fahrbahnsanierung mit der Ausführung zu beauftragen.

- zusätzlich mit dem Landesbetrieb Straßenbau über die bauliche Herrichtung eines kombinierten Geh-Radwegs zwischen Atsch Dreieck und Steinbachstraße gem. Variante 7 sowie mit dem Eigentümer über den Erwerb des benötigten Grundstücks zu verhandeln. Wenn sich in Abstimmung mit dem Landesbetrieb ein kombinierter Geh-Radweg und der hierfür benötigte Grunderwerb realisieren lassen, sind bergauf führend ein kombinierter Geh-Radweg, ein bergab führender Schutzstreifen für Radfahrer und Parkstreifen gemäß Variante 5 einzurichten, verkehrsrechtlich anzuordnen und der Landesbetrieb Straßenbau NRW im Rahmen der anstehenden Fahrbahnsanierung mit der Ausführung zu beauftragen.

- zu prüfen, ob eine andere verkerstechnische Anbindung der Hasencleverstraße gemäß Variante 6 sinnvoll und möglich ist.

6. Öffnung und Renaturierung Mühlenteich Gut Gedau

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig die Öffnung und Renaturierung des Mühlenteichs am Gut Gedau zur Ableitung des im Stollen angestauten Schichtenwassers.

7. Sanierung der Halde Rhenania mit Veränderungen der Geländeoberfläche (Aufschüttungen)

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt einstimmig die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt den geplanten Sanierungsmaßnahmen unter bauplanungsrechtlichen Gesichtspunkten zu.

8. Resolution zur Problematik "Motarradlärm"

Herr van Emelen, SPD, verlässt den Sitzungsraum.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt bei 1 Enthaltung (Die Linke) und 13 Ja-Stimmen (SPD 5, CDU 6, FDP 1, Bündnis 90/ Die Grünen 1) die als Anlage beiliegende Resolution zur Problematik des "Motorrädlärms in der Eifel" zu verabschieden.

9. B-Plan Nr. 82/2 "Tulpenweg" 1. Änderung;
hier: Aufstellungsbeschluss

Herr van Emelen, SPD, ist wieder anwesend.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt einstimmig die Ausführungen zur Kenntnis. Er empfiehlt Hauptausschuss / Rat, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 82/2 „Tulpenweg“ – 1. Änderung - zu fassen und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB.

10. B-Plan Nr. 141 "Goethe-Gymnasium";
hier: Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13a BauGB

Der Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

11. B-Plan Nr. 147 "Duffenterstraße" - 1. Änderung;
hier: Aufstellungsbeschluss

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt mit 9 Ja-Stimmen (SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke) und 6 Nein-Stimmen (CDU) die Ausführungen zur Kenntnis. Er empfiehlt Hauptausschuss / Rat, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 147 „Duffenterstraße“ – 1. Änderung - zu fassen und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB.

12. B-Plan Nr. 161 "KiTa Am Obersteinfeld und 94. Änderung FNP";
hier: Aufstellungsbeschlüsse

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt einstimmig die Ausführungen zur Kenntnis. Er empfiehlt Hauptausschuss / Rat, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 161 „Kita Am Obersteinfeld“ zu fassen und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB. Der Flächennutzungsplan ist gem. § 13a Abs. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

13. Beschlusskontrolle;
hier: Informationsvorlage

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt einstimmig die Informationsvorlage bezüglich der Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

14. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

14.1 Herr Braun, Leiter Fachbereich 2, teilt mit, dass das Hochwasser zurück geht, die Inde (Kornelimünster) um 15:00 Uhr und der Vichtbach (Mulartshütte) um 11:00 Uhr den höchsten Pegelstand erreicht hatten. Außerdem hat sich der Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) soeben (kurz vor 20:00 Uhr) aufgelöst.

14.2 Herr Kirch, CDU, bittet darum im nächsten Jahr zu Silvester die Bürger über die Presse zu informieren, dass sie den Abfall von Silvesterraketen etc. selbstständig zu entsorgen haben.

14.3 Herr Braun, FB 2, sichert auf Nachfrage von Herrn Kirch, CDU, Prüfung zu, warum an der Ausfahrt "Anna-Klöcker-Straße" zu "Am Lindchen" hin die Steine nicht mehr dort liegen.

Nachträgliche Antwort der Verwaltung:

Die Steine wurden umgehend wieder an besagter Stelle platziert.

14.4 Herr Konrads, CDU, bittet darum, dass das Technische Betriebsamt die Zufahrt von der Dechant-Brock-Straße zur Roten Gasse hin wieder herrichten soll.

14.5 Herr Engels, SPD, erkundigt sich nach der Dauer der Baustellen Schützheide/Wingertsberg und Dorff.
Herr Braun, FB 2, sichert eine Beantwortung zur Niederschrift zu.

Nachträgliche Antwort der Verwaltung:

Die Maßnahme Schützheide/Wingertsberg wird noch ca. 6 - 8 Wochen dauern.
Die Maßnahme Dorff wird voraussichtlich, je nach Witterungsverhältnissen, noch 70 Werkstage dauern.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

Es liegen keine Anfragen und Mitteilungen vor.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt Herr Hansen die Sitzung um 20:00 Uhr.

Hansen

Breuer

Vorsitzender

Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anlage 2: Resolution zum "Motorradlärm in der Eifel" TOP A) 8.

Anlage 3: Auflistung erteilte Baugenehmigungen November und Dezember 2010

ANWESENHEITSLISTE

Anlage 1

zur Niederschrift über die Sitzung des **Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt**

Sitzungskennziffer: **XVI/ 13.**

Tag der Sitzung: **Donnerstag, 13.01.2010**

Sitzung: **Stolberg, Rathaus (Ratssaal)**

Dauer der Sitzung: 18:00 Uhr bis *20:00 Uhr*

Unterbrechungen: *keine*.....

lfd.Nr.	Name	Stellvertreter	Unterschrift
---------	------	----------------	--------------

SPD-Fraktion

1.) **Hansen, Josef** (Vorsitzender) ~~Kaufen, Paul Heinz~~ *J. Hansen*

2.) Bougé, Karl-Josef (sk. B.) ~~Weinstein, Boris (sk. B.)~~ *Josef*

3.) Engels, Rolf ~~Nießen, Hildegard~~ *R. Engels*

4.) ~~Jussen, Peter~~ (1. stv. Vors.) ~~Steg, Hildegard~~ *i.V.* *Peter Jussen*

5.) Müller, Wolfgang (sk. B.) ~~Reitze, Jochem (sk. B.)~~ *W. Müller*

6.) van Emelen, Harry (sk. B.) ~~Wolf, Dieter~~ *H. van Emelen*

CDU-Fraktion

7.) Blau, Albert (sk. B.) ~~Schmitz, Wolfgang (sk. B.)~~ *A. Blau*

8.) Bonnie, Rainer (sk. B.) ~~Weber, Wolfgang (sk. B.)~~ *R. Bonnie*

9.) Creyels, Bernhard ~~Berghausen, Klaus~~ *B. Creyels*

10.) Hennig, Martin (sk. B.) ~~Grüttemeier, Gerd (sk. B.)~~ *M. Hennig*

11.) Kirch, Paul (2. stv. Vors.) ~~Pietz, Siegfried~~ *P. Kirch*

12.) Konrads, Adolf ~~Matheis, Kunibert~~ *A. Konrad*

F.D.P.-Fraktion

13.) El-Deib, ~~Khaled~~ (sk. B.) ~~Bins, Hubert~~ (sk. B.) *E. El-Deib*

Engelhard, Bernhard

Bündnis 90/Die Grünen

14.) Krings, Katharina Ingermann, Dr. Josef (sk.B.)

Das Krings

Fraktion Die LINKE

15.) Prubeit, Mathias Jilk, Anita

Prubeit

Sachkundige Einwohner: (nur beratend)

16.) Metzner, Josef Flamm, Günter

Flamm

Es fehlen (entschuldigt oder unentschuldigt):

1.) 3.)

2.) 4.)

Teilnehmer der Verwaltung:

1.) *P. Geo* A61

10.) A30/32

2.) *Hendrich* "

11.) A30/32

3.) *Oso* u

12.)

4.) *Jilk* A63

13.)

5.) *Jilk* FB 2

14.)

6.) *A. P. K. ...* FB 1

15.)

7.) *Prubeit* A82

16.)

8.) *R. Bleuer* VE FB 1/2

17.)

9.) *...* II

18.)

Stolberg, 18. Januar 2011

Der Rat der Stadt Stolberg beschließt folgende Resolution:

„Mit der seit Jahren bestehenden Problematik „Motorradlärm“ müssen sich aufgrund mannigfaltiger Beschwerden von Bürgern und Gästen die Kommunen in der StädteRegion Aachen beschäftigen und hierbei gemeinsam mit der Polizei und den Verkehrsbehörden erkennen, dass das Problem auf kommunaler Ebene nicht gelöst werden kann.

Die hier eingehenden Beschwerden betreffen insbesondere die kurvenreichen Strecken in den landschaftlich reizvollen Lagen, die hier mit den Belangen der Natur und der Erholung kollidieren. Selbst die Schutzbedürftigkeit des Nationalparks Eifel wird von uneinsichtigen „Heizern“ missachtet.

Im Namen der Bürger und der auswärtigen Erholungssuchenden fordern die Kommunen der StädteRegion Aachen einen wirksamen Stopp des durch den Motorradverkehr verursachten Lärmpegels und der hierdurch entstehenden Gesundheitsbeeinträchtigungen.

In stattgefundenen Gremienberatungen und Behördenterminen wurden unterschiedliche Möglichkeiten beleuchtet, mit denen dem Motorradlärm entgegen gearbeitet werden kann. Es bestehen demnach Möglichkeiten von Geschwindigkeitsbeschränkungen, Überholverböten, repressive Geschwindigkeitsmessungen, in eingeschränktem Maße Streckenverböte für Motorräder und PR-Aktionen. Mit all diesen Maßnahmen kann aber nur temporär und punktuell eine Wirkung erzielt werden. Das generelle Kernproblem des durch Motorräder verursachten Lärms kann unter den derzeit geltenden gesetzlichen Standards nicht nachhaltig vermindert werden. Wir fordern deshalb

- die Senkung der gesetzlich höchstzulässigen Grenzwerte für Motorräder und Motorroller auf das derzeitige Niveau von Pkw auf „70 db“
- die Ermöglichung eines vereinfachten Testverfahrens zur Verkehrskontrolle der leicht manipulierbaren und zu lauten Ersatzschalldämpfer durch verlässliches Erkennen im Verkehr

- die angemessene Sanktionierung des Benutzers und Halters der illegal manipulierten Maschinen durch Erhöhung von Bußgeld und Punkten im Verkehrszentralregister
- die Änderung der Genehmigungsvorschriften und den Entzug der Typgenehmigung von Lärm steigerndem technischen Zubehör

und zusätzlich wegen hoher Geschwindigkeit und Lärm

- die Einführung der Halterhaftung bei Verstößen
- die Einführung von Frontkennzeichen bei Motorrädern.

Wir bitten diese Eingabe in die gesetzgebenden Landes- bzw. Bundesgremien einzubringen und als Vorschlag an den Rat der Europäischen Union weiter zu leiten, um die Einführung neuer dB-Richtwerte europaweit zu beschließen.